

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894

9.7.1894 (No. 185)

Karlsruher Zeitung.

Montag, 9. Juli.

№ 185.

Expedition: Karls-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1894.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 9. Juli.

Die Zeitungserörterungen über internationale Vereinbarungen gegen den Anarchismus nehmen ihren lebhaften Fortgang. Bis jetzt hat jeder Staat für sich auf dem Wege der Gesetzgebung Maßregeln zum Schutze gegen anarchistische Gefahren getroffen. Die ersten Maßregeln, die man zur Verhinderung anarchistischer Verbrechen ergreifen wollte, waren die Einschränkungen des Besitzes von Sprengmitteln und die Verhängung strenger Strafen gegen alle, die diesen Vorschriften zuwiderhandeln oder gar zu verbrecherischen Zwecken Explosionen herbeiführen. Deutschland, Oesterreich, England, Frankreich und Italien haben Spezialgesetze in dieser Richtung erlassen. In Frankreich erkannte man mit der Zeit auch, daß die dortige Pressegesetzgebung dem Mißbrauch durch die Anarchisten zu viel Spielraum biete und daß es notwendig sei, Schriften, die zu Mord, Blinderung und Brandlegung auffordern, nicht jene Freiheit genießen zu lassen, die man ihnen eine Zeit lang gewährt hatte. Vor einigen Tagen hat der italienische Ministerpräsident einen Antrag in den Kammern eingebracht, der die wirksamere Unterdrückung anarchistischer Propaganda bezweckt und überdies die polizeiliche Ueberwachung für Personen anarchistischer Gesinnung, ja sogar die Abschiebung derselben an einen Zwangsaufenthalt ermöglicht. Am wenigsten ist auf gesetzgeberischem Wege in England zur Verhütung anarchistischer Verschwörungen gethan worden. Dort hat jetzt Lord Salisbury die Initiative zu einer Einschränkung des englischen Asylrechtes gegeben; ob er aber mit dieser Anregung einen praktischen Erfolg haben wird, ist zu bezweifeln, da der Premierminister Lord Rosebery der Rede, mit welcher Salisbury am Freitag seinen Antrag begründete, in längeren Ausführungen entgegengetreten ist. Es fragt sich nun, ob zu der Gesetzgebung der einzelnen Staaten auch noch eine internationale Verständigung über gemeinsame Maßregeln gegen den Anarchismus treten soll, oder ob man einen besseren Schutz gegen die anarchistischen Gefahren in einer noch besseren Organisation des Polizeiwesens suchen soll. Unzweifelhaft hat der Gedanke einer internationalen Vereinbarung viel Befriedigendes; es erscheint sehr natürlich, daß man der Vereinigung der Anarchisten auch eine Vereinigung der Regierungen entgegenstellt. Eine grundsätzliche Abneigung gegen eine Verständigung der Regierungen unter einander besteht wohl nirgends; aber die Schwierigkeit besteht darin, solche Maßregeln ausfindig zu machen, die einerseits erfolgversprechend sind und andererseits von allen Regierungen acceptirt werden dürften. Daß beispielsweise die englische Regierung nicht geneigt ist, sich für Bestimmungen zu verpflichten, die in anderen Staaten bereits eingeführt sind, zeigt die oben erwähnte Antwort Rosebery's auf die Oberhausrede des Lord Salisbury. Auf die Schwierigkeiten, solche Maßregeln vorzuschlagen, die zugleich den Erfolg verbürgen und allen Regierungen unbedenklich erscheinen, haben in der letzten Woche namentlich ein Berliner Brief der „Politischen Korrespondenz“ und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hingewiesen. Die letztere Zeitung warnte vor den überhöchlichen Erwartungen, die man an gemeinsame Maßregeln zum Schutze der Gesellschaft und der staatlichen Ordnung knüpfte; das Blatt findet, daß der Kreis der Maßnahmen, an die gedacht werden könne, nur klein sei, daß der Erfolg vielfach von Verhältnissen abhängt, auf die Deutschland außer Stande sei, einen Einfluß auszuüben, und daß es ein unbedingt sicheres Mittel, den Staat und die Gesellschaft von dem Anarchismus zu befreien, nicht gebe, so wenig wie ein solches Radikalmittel einer anderen Klasse von Verbrechen gegenüber bisher gefunden sei. Einer internationalen Verständigung gegen die Anarchisten anarchistischer Verbrecher mißt das Blatt nur einen bedingten Werth bei, als Voraussetzung betrachtet es aber, daß alle europäischen Regierungen und die Vereinigten Staaten von Nordamerika einer solchen Vereinbarung beitreten; selbst dann würde für den Erfolg immer noch alles davon abhängen, daß die Vereinbarung in allen beteiligten Ländern in der Ausführung denselben Inhalt erhält und daß dem entschlossenen Willen, ihre Bestimmungen ernst zu handhaben, dasselbe Maß von Eifer und Geschicklichkeit der Polizei zur Seite steht. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ glaubt, wo letztere Bedingungen erfüllt sind, würde auch ohne weiteren Ausbau der Gegenmaßregeln der Anarchismus schon heute und unmittelbar das Leben sauer finden. Diese Auslassung des Berliner Blattes hat in der Presse zahlreiche Entgegnungen hervorgerufen; der Standpunkt, dem sie entsprang, wurde als ein schwächer und engherziger bezeichnet. Deshalb ergreift nun

das Blatt nochmals das Wort, um folgendes auszuführen: „Wir sind für jede, auch die schärfste Maßnahme gegen die Anarchisten, von der man überzeugend darthun kann, daß sie ihren Zweck erfüllen wird. Auf diesen Nachweis warten wir gerade bei den Vorschlägen, die in gereiztem Tone gegen uns vertheidigt werden, vergebens. Hinsichtlich der Sozialdemokratie haben wir ein Mittel, mit dem sie sicher zurückgeworfen werden kann: Zusammenschluß aller Ordnungsparteien; aber dieses Mittel wird von einem Theil der Ordnungsparteien zurückgewiesen. Ob man an die Erneuerung des Sozialistengesetzes oder andere Maßnahmen denkt, jedenfalls ist der unerläßliche nächste Schritt die Herstellung einer Mehrheit des Reichstages, die Beschlüsse der erforderlichen Art faßt. Bei einer Bereitwilligkeit zum Zusammenschluß der zur Unterstützung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bereiten Parteien ist ein Boden für die Entwicklung einer überlegten Aktion gegeben. Alle andern Betrachtungen haben kein praktisches Interesse. Ob man in den Anführungen der „N. A. Z.“, wie überwiegend in der Presse angenommen wird, die Anschauungen der maßgebenden politischen Kreise der deutschen Reichshauptstadt zu erkennen hat, läßt sich mit Bestimmtheit nicht feststellen; jedenfalls liegt keine Preshäufung vor, die auf das Gegentheil schließen ließe. Bemerkenswerth aber ist, daß das Wiener „Fremdenblatt“, dem man Beziehungen zum Wiener Auswärtigen Amte nachsagt, im Kernpunkte der Frage mit der „Nordd. Allg. Ztg.“ übereinstimmt; auch das Wiener Blatt erklärt in einer Betrachtung über die Möglichkeit eines weitgehenden Schutzes gegen den Anarchismus, die Bekämpfung des letzteren sei „viel weniger eine politische, als eine polizeiliche Aufgabe“. Darnach zu urtheilen, besteht in Wien eben so wenig wie in Berlin große Hoffnung auf einen praktischen Erfolg internationaler Maßregeln. Das schließt natürlich nicht aus, daß, falls solche Maßregeln von anderer Seite vorgeschlagen werden sollten, sie auch in Berlin und Wien die eingehendste Prüfung finden würden.“

Deutschland.

* Berlin, 8. Juli. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sind gestern Abend wohlbehalten in Eid eingetroffen.

— Die „Post“ erklärt die Nachricht, der russische Thronfolger werde zu den deutschen Kaisermandövern erwartet, für unzutreffend. Gleichzeitig mit den deutschen fänden die russischen Manöver statt, denen der Großfürst beizuwohnen von vornherein gewillt gewesen sei. Es ist zweckmäßig, dies festzustellen, damit nicht aus dem Fernbleiben des Großfürsten bei den deutschen Manövern falsche Schlüsse gezogen werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Juli. Wie dem Woffischen Bureau aus Budapest gemeldet wird, benachrichtigte die Petersburger Polizei die Budapestischer Behörden, daß sich dort ein russischer Nihilist Namens Gronkowsky aufhält, der in eine Verschwörung gegen das Leben des Czaren verwickelt ist. Bei den in Rußland verhafteten Nihilisten wurden Briefe Gronkowsky's vorgefunden. Gronkowsky ist bereits wegen revolutionärer Propaganda aus Frankreich und der Schweiz ausgewiesen.

Frankreich.

Paris, 8. Juli. Nachdem Burdeau zum Präsidenten der französischen Deputirtenkammer gewählt worden ist, hat die letztere gestern auch einen neuen Vicepräsidenten gewählt. Die Wahl wurde dadurch notwendig, daß Burdeau von der Vicepräsidentenstelle in das Präsidentenamt vorgeückt ist. Schon vorgestern sollte die Wahl stattfinden, es kam aber zu keiner endgültigen Entscheidung; Clausel de Couffergues, ein bekannter Pariser Advokat, erhielt 173 Stimmen, Dupuy-Dutemps 116; da die Mehrheit 176 Stimmen betrug, mußte zwischen beiden eine Stichwahl stattfinden und diese ist nun gestern vollzogen worden. In der Stichwahl erhielt Clausel de Couffergues, der Bewerber der Regierungsparteien, 186, der Radikale Dupuy-Dutemps 145 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt und wie die Wahl des ersten Präsidenten, so bedeutet auch diejenige des Vicepräsidenten einen Sieg der gemäßigten Republikaner über die Radikalen.

Rußland.

St. Petersburg, 8. Juli. Gestern wurde eine neue Maßverordnung publizirt, die besonders dem Bauernstande große Erleichterungen bringt.

Amerika.

New-York, 8. Juli. Die Lage in dem Streifgebiete verschlimmert sich von Tag zu Tag. Heute liegt folgende Melbung aus San Franzisko vor: Es herrscht offener

Aufbruch; neun Zehntel der Bevölkerung sympathisiren mit den streikenden Eisenbahnbediensteten. Die Miliz in Sacramento weigert sich, die Ausständigen anzugreifen. Die Ausständigen in Sacramento bewaffnen sich, exerziren und erhalten sogar Patronen von den Milizen (1).

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 9. Juli.

* (Der Landständische Ausschuss) ist unter dem Vorsitz Seiner Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm und in Anwesenheit des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn v. Brauer, sowie des Präsidenten des Finanzministeriums, Herrn Dr. Buchenberger, am Donnerstag den 4. Juli zu seiner ersten und am Freitag und Samstag, den 6. und 7. Juli, zu seiner Schlußsitzung zusammengetreten. Die Berichterstattung über die Rechnungen des Domänengrundbods, der Amortisationskasse und der Eisenbahnschuldentilgungskasse lag in den Händen der Herren Landgerichtsdirektor Fieser, Frhrn. E. A. v. G. Äler und Oberförster Dr. J. G. U. g., wobei der günstige Abschluß der Rechnungen dieser ausgeschiedenen Verwaltungszweige für das Jahr 1893 festgestellt werden konnte. Nach Schluß der Sitzung vereinigten sich die Herren Mitglieder des Landständischen Ausschusses auf Einladung des Präsidenten des Finanzministeriums zu einem gemeinsamen Mahle, dem auch Seine Großh. Hoheit der Prinz Wilhelm anzuwohnen geruhete.

* (Beleuchtung der Treppen.) Das Großh. Bezirksamt in Karlsruhe erläßt folgende Bekanntmachung: „Die Hauseigentümer der Residenz machen wir darauf aufmerksam, daß das Reichsgericht in mehreren Entscheidungen eine Verpflichtung des Hauseigentümers anerkannt hat, die Fluren und Treppen seines Hauses, welche nach ihrer Beschaffenheit im dunklen Zustand jeden Passanten der Gefahr aussetzen würden, sich zu beschädigen, bei eintretender Dunkelheit so lange zu beleuchten, als der regelmäßige Verkehr im Hause stattfindet. In zahlreichen Fällen hat ein solches Unterlassen nicht nur eine Schadenersatzforderung seitens des Beschädigten, sondern auch eine Strafverfolgung wegen fahrlässiger Körperverletzung nach sich gezogen und erscheint ein solches Vergehen zumal dann begründet, wenn der Betroffene durch seinen Dienst angehalten ist, die Wohnungen noch bei Dunkelheit aufzusuchen (Briefträger u.). Es dürfte sich daher für die Hauseigentümer in ihrem eigenen Interesse empfehlen, für genügende Beleuchtung selbst pünktlich besorgt zu sein oder die Fürsorge in dieser Richtung den von ihnen bestellten Hausverwaltern oder auch den Inhabern der einzelnen Wohnungen betragsmäßig aufzuerlegen.“

* (Vom Bodensee, 7. Juli. (Sparlaffen. — Marktweesen.) Nach dem Rechenschaftsbericht der Spar- und Waisenkasse Waldshut pro 1893 sind an dieser Kasse 51 Gemeinden beteiligt. Der letztjährige Umsatz betrug über vier Millionen Mark. Das Aktivvermögen der Kasse beziffert sich auf 6 684 692 Mark, das Passivvermögen auf 6 295 140 M.; hieraus ergibt sich ein reines Vermögen von 389 552 M. (d. i. 31226 M. mehr als im Vorjahr). Erfreulich erscheint die Thatsache, daß die Einlagen bereits die ansehnliche Höhe von 6 281 140 M. (d. i. 178 337 M. mehr gegen das Vorjahr) erreicht haben. Davon sind die 51 bürgerlichen Gemeinden mit 125 011 M. und 3 912 Einleger mit 6 156 128 M. beteiligt. Der Reservefond ist angewachsen auf 314 057 M. An die 51 Gemeinden wird ein Ueberschuß von 39 495 M. verteilt. — Die Sparlaffen zu Heiligenberg und Ueberlingen haben vom 11. November d. J., beziehungsweise vom 1. Januar 1895 ab den Zinsfuß für bestehende und künftige Einlagen auf 3,6 Proz. (3 M. 60 Pf. vom Hundert) festgesetzt. Ueberdies hat die Sparkasse Ueberlingen vom 1. Januar 1895 an den Zinsfuß für Obligationendarleihen von 4 1/2 Proz. auf 4 Proz. ermäßigt. — Die vielen Entwicklungsstadien, welche die Saaten durchzumachen haben, und die verschiedenenartigen Einflüsse, denen sie bis zum letzten Moment ausgesetzt sind, bringen es mit sich, daß der Ausfall der Ernte sich nicht eher mit voller Sicherheit beurtheilen läßt, bis sie vollständig geerntet ist. Indessen machte sich auf den Juni-Getreidemärkten vielfach eine Lebhaftigkeit geltend, die lange genug vermist wurde und den Beweis lieferte, daß die Unternehmungslust immer erst durch eine Bewegung der Preise angeregt wird. Immerhin deuteten die Kurse auf eine festere Tendenz hin.

Verstorbene.

* Leipzig, 7. Juli. (Der Staatsanwalt) hat gestern gegen den Rittergutsbesitzer Crome in Waldgen, der seit längerer Zeit unter dem Verdachte, seinen Stiefsohn, einen in Coblenz dienenden Fähnrich, ermordet zu haben, hier in Haft war, die Anklage wegen Mordes erhoben. Wie der „Leipziger Generalanzeiger“ meldet, wird der große Aufsehen erregende Fall in der nächsten Session des Schwurgerichts zur Verhandlung kommen.

A.H. Marzelle, 6. Juli. (Bilderdiebstahl.) Aus dem Museum am Longkamp wurden in der verfloffenen Nacht eine Anzahl sehr werthvoller Bilder gestohlen, darunter Zeichnungen von Rembrandt, von Dürer und Michel Angelo. Die Diebe waren durch ein Fenster des Erdgeschosses in das Museum gelangt.

N.A. St. Petersburg, 7. Juli. (Cholerabericht.) An der Cholera erkrankten bzw. starben vom 31. Juni bis 7. Juli in Petersburg 141 resp. 52 Personen, in Kronstadt 41 und 18, vom 24. bis 30. Juni in Warschau 8 resp. 4, im Gouvernement Radom 23 bezw. 14, vom 17. bis 23. Juni in Plock 73 resp. 29, vom 4. bis 30. Juni in Tula 20 resp. 1.

A.F. Bilbao, 7. Juli. (Eisenbahnunglück.) Heute

entgleite auf der Linie Bilbao-Sejama ein Eisenbahnzug, wobei 12 Personen getödtet und 18 verwundet wurden.

Neueste Telegramme.

Wien, 9. Juli. Es gelang der Polizei, auf Ansuchen von zwei russischen Geheimagenten ein Individuum zu verhaften, von welchem man vermutet, daß es mit dem angeblichen Baron Sternberg identisch ist.

Paris, 9. Juli. Der Ministerrath beschloß einen Gesetzentwurf, der alle durch Aufreizung zu Mord, Plünderung, Brandstiftung, Dynamitattentate und alle gegen die Staatssicherheit begangenen Verbrechen, sowie die Verherrlichung der Verbrechen nicht mehr an die Geschworenen, sondern an die Zuchtpolizei verweist. Der Gesetzentwurf wird morgen in der Kammer eingebracht werden.

Brüssel, 9. Juli. Einem Telegramm an die Regierung des Kongostaates zufolge ist am 18. März ein Angriff

der Mahdisten auf die besetzte Stellung bei Bundu, nahe der Wasserscheide des Nil, erfolgt. Delanghe brachte den Mahdisten eine blutige Niederlage bei. Sie wurden völlig geschlagen. Hauptmann Bonvalet und Lieutenant Pigot sind gefallen.

London, 9. Juli. Gladstone richtete ein Abschieds schreiben an seine Wähler in Midlothian, in welchem er die Absicht mittheilt, nach Schluß des gegenwärtigen Parlaments nicht mehr als Kandidat aufzutreten.

Madrid, 9. Juli. Der Senat genehmigte die bereits von der Kammer angenommene Gesetzesvorlage, betreffend die Unterdrückung des Anarchismus.

Chicago, 9. Juli. Als vorgestern Nachmittag ein Zug unter dem Schutze der Polizei das Depot verließ, machte die Volksmenge einen Angriff auf denselben und begann die Waggonen zu zerstören. Die Polizei rief die irregulären Truppen herbei, welche auf die Menge feuerten

und mehrere Personen, darunter vier tödtlich, verwundeten. Die Menge trieb schließlich die Truppen zurück, welche in die Stadt zurückkehrten, und setzte hierauf die Zerstörung des Zuges fort, worauf sich eine neue Verstärkung von Polizei und Truppen nach dem Thortorte begab.

Familiennachrichten.

Geburten. 3. Juli. Anton Ignaz, B.: Ignaz Ruppert, Schreiner. — 4. Juli. Erich Andreas, B.: Erich Friedr. Dittes, Expeditionsassistent. — Wilhelm August, B.: August Müller, Magaziner. — Luise Selma, B.: Friedrich Häfeler, Wirt. — 5. Juli. Helene, B.: Friedr. Gottlob, Revisionsassistent. — Elisabetha, B.: Eduard Kamm, Wagenwärtergehilfe. — Margaretha Maria Magdalena Barbara, B.: Theob. Bösch, Kaufmann. — Wilhelm, B.: Wilh. Rolf, Fabrikarbeiter. — Leopold Ludwig Adolf, B.: Oskar Wainner, Oberkellner. — 6. Juli. Karl Heinrich, B.: Karl Reiser, Obermaschinenmeister. — Karl Heinrich Josef, B.: Karl Heinrich Fuchs, Kellner.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Frankfurter Börse vom 7. Juli 1894.

Table with multiple columns listing various securities, exchange rates, and market data. Includes sections for 'Eisenbahn-Aktien', 'Staatspapiere', and 'Währungen'. Prices are listed in various currencies like Reichsmark, Gulden, and Francs.

Advertisement for JUL. ZINK, Hof-Schönfärberei und chem. Waschanstalt. Located at 23 Rheinstrasse 23 and 40 Erbprinzenstrasse 40. Offers services for cleaning and dyeing.

Advertisement for Mammern am Wasserheilanstalt Schweiz. A sanatorium for nervous patients, located in Bodensee. Offers treatments like electricity, massage, and gymnastics.

Public notice from the community of Hohenstadt regarding the renewal of preference and subordination rights. The notice states that those who have not renewed their rights within a certain period will lose them.

Public notice from the community of Redareiz regarding the renewal of preference and subordination rights. Similar to the Hohenstadt notice, it informs citizens of the consequences of not renewing their rights.

Ärgerliche Rechtspflege.

Legal notices regarding court proceedings. R. 491. Nr. 37,070. Mannheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Jakob B. ...

II. Versteigerungs-Ankündigung.

Notice of an auction. R. 507. Karlsruhe. Freitag den 27. Juli 1894, Nachmittags 2 Uhr.

Versteigerung.

Notice of an auction. R. 498.1. Nr. 907. Groß. Bezirksforst. Bonndorf versteigert am Montag den 16. d. M., Vormittags 9 Uhr, im 'Kranz' in Bonndorf 9 Domänenwaldungen.

Versteigerung.

Notice of an auction. R. 488.2. Bruchsal. Die Stelle des zweiten Verwaltungsgehilfen mit 1200 M. Anfangsvergütung ist auf 16. August 1. Z. zu besetzen.

Bekanntmachung.

Notice regarding the construction of a new harbor in Mannheim. The notice describes the project and the need for land acquisition.

Bekanntmachung.

Notice regarding the construction of a new harbor in Mannheim. The notice describes the project and the need for land acquisition.

Nutzholzversteigerung.

Notice of a utility wood auction. R. 498.1. Nr. 907. Groß. Bezirksforst. Bonndorf versteigert am Montag den 16. d. M., Vormittags 9 Uhr, im 'Kranz' in Bonndorf 9 Domänenwaldungen.

Versteigerung.

Notice of an auction. R. 488.2. Bruchsal. Die Stelle des zweiten Verwaltungsgehilfen mit 1200 M. Anfangsvergütung ist auf 16. August 1. Z. zu besetzen.